

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

Cornelie Sonntag-Wolgast MdB kritisiert, daß die Bundesregierung die erleichterte Einbürgerung und die doppelte Staatsangehörigkeit für Migrantinnen stur verweigert.

Seite 1

Horst Schmidbauer MdB wirft der Bundesregierung vor, die schleichernde Hepatitis-C-Epidemie zu verharmlosen.

Seite 2

Josef Vosen MdB verlangt von der Bundesregierung, das Beratungswesen für die Forschungsförderung zu verbessern.

Seite 4

49. Jahrgang / 139

22. Juli 1994

Eingemauert in völkischem Denken

Bonn verweigert Rechte für MigrantInnen

Von Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB
Stellvertretende innenpolitische Sprecherin der SPD-
Bundestagsfraktion

Eine der größten Enttäuschungen, die diese Bundesregierung den seit langem unter uns und mit uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bereitet hat, ist die sture Verweigerung der erleichterten Einbürgerung und der doppelten Staatsangehörigkeit.

Eingemauert in völkischem Denken will die CDU/CSU nicht begreifen, daß den MigrantInnen in diesem Lande gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht und ihre Integration erleichtert werden muß, um das selbstverständliche Miteinander der Menschen - deutscher wie ausländischer Herkunft - auf Dauer zu sichern.

Wohlfeil sind die beschwichtigenden Worte, die die Politikerinnen und Politiker der Koalition regelmäßig finden, wenn es wieder einen erschreckenden ausländerfeindlichen oder antisemitischen Anschlag gegeben hat. Taten folgen ihnen nicht.

Unter dem Eindruck der Morde von Solingen hatte Bundeskanzler Dr. Kohl am 30. Juni 1993 vor dem Deutschen Bundestag versprochen: Die große Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes kommt noch in dieser Legislaturperiode. Ergebnis: Fehlanzeige. Schlußfolgerung: Der Kanzler hat sein Wort gebrochen.

War das noch was? Ach ja, eine großmäulige FDP, die den Ausländerinnen und Ausländern das Blaue vom Himmel verspricht, und dann ... und dann im Bundestag lieber gegen moderne Staatsangehörigkeitsgesetze stimmt als den großen Koalitionspartner zu verärgern!

(/22. Juli 1994/jr/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreisfreie-Veranstaltung
mit wertvollem Referat
Kochbuch-Papier



Erschreckende Bilanz
Bundesregierung verharmlost Hepatitis-C-Epidemie

Von Horst Schmidbauer MdB
Stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und
Sprecher im Untersuchungsausschuß "HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte"

Die große, schleichende Epidemie wird heruntergespielt, damit der Handlungsdruck nicht steigt.

200.000 Menschen sind selbst nach Angaben der Bundesregierung infiziert. Fachleute sprechen von bis zu 800.000 Menschen, die Opfer der Hepatitis-C-Epidemie sind. Dagegen sind die HIV-Infizierten mit geschätzten 80.000 Opfern eine "kleine" Zahl.

Diese erschreckende Bilanz war Anlaß für die Kleine Anfrage der SPD "Maßnahmen zur Vermeidung einer weiteren Ausbreitung der Hepatitis-C-Epidemie."

Noch betroffener machen die Szenarien für die nächsten Jahre.

Selbst wenn man nur die "gebremste" Schätzung der Bundesregierung zugrunde legt, ist in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit 40.000 Opfern zu rechnen (Zum Vergleich: von 1983 bis 1994 waren circa 12.000 an AIDS erkrankt).

Es ist unfassbar, daß in einer solchen Situation nicht alle Alarmglocken ganz schrill läuten.

In der Antwort der Bundesregierung ist von dieser Brisanz wenig zu finden.

- Die Risikoeinschätzung für die Übertragung von Hepatitis-C wird unterbelichtet dargestellt. Obwohl bis zu 5.000 Menschen jährlich an der Hepatitis-C-Infektion sterben, wird das Risiko einer Hepatitis-C-Infektion auf eine Stufe mit der Tuberkulosegefahr gestellt.
- Die Risikobewertung wird der wirklichen Lage nicht gerecht. Das Pettenkofer-Institut spricht davon, daß 90 Prozent aller Hepatitis-C-Infektionen einen chronischen Verlauf nehmen, eine prospektive Langzeitstudie von Professor Laufs aus Hamburg ergab eine Rate von 80 Prozent. Nur die Bundesregierung spricht von 20 Prozent Chronifizierten.

Fehlanzeige: Dort wo in der Anfrage nach konkreten Angaben gefragt wurde. Fehlanzeige bei

- der Zahl der durch HCV infizierten Menschen
- der Zahl der durch HCV chronisch erkrankten Menschen
- der Häufigkeit und der Form des Krankheitsverlaufs
- dem Restrisiko von Blutkonserven
- der Zuverlässigkeit von HCV-Testverfahren.

Selbst für HIV/AIDS liegen bessere Daten vor.

- Die Widersprüche sind selbst für einen Laien nicht zu übersehen. Vielleicht ist dies ein Beleg dafür, daß die Einzelfragen von anderen bearbeitet wurden als die politische Bewertung beziehungsweise die veröffentlichte Endfassung.

Das geschilderte Gefahrenpotential führt nicht dazu, daß es in der Bundesrepublik zu einer nationalen Kraftanstrengung kommt.

Die "Schlamperei", daß nur 20 bis 30 Prozent aller Hepatitis-C-Fälle gemeldet werden, wird als Kavaliersdelikt der Ärzte abgetan, obwohl Meldepflicht besteht. Die Bundesoberbehörde läuft den Ereignissen hinterher. Das Tempo für Patientenschutz und Arzneimittelsicherheit wird anderen überlassen.

Es ist unverständlich, daß

- von Seiten des PEI von den Herstellern von Immunglobulinen/Impfstoffen Gutachten erbeten werden, die die HCV-Sicherheit ihrer Produkte einschätzen, obwohl diese Produkte seit vielen Jahren keinen zusätzlichen Inaktivierungsschritten unterzogen werden müssen;
- seit kurzem der Verdacht besteht, daß das Herstellungsverfahren, dem Immunglobuline unterliegen, keine ausreichende Inaktivierung von HCV gewährleisten. Dies steht in Widerspruch zur Antwort 10 a, denn Immunglobuline sind gepoolt und nicht-aktiviert und befinden sich in Deutschland auf dem Markt. Nicht-inaktiviertes, gepooltes Frischplasma befand sich bis vor einigen Monaten ebenfalls auf dem Markt;
- bereits bei jedem 200ten Blutspender eine positive Testreaktion zu finden ist? Hochgerechnet auf Deutschland ließe dies allein 400.000 HCV-Infektionen in einem bereits ausgewählten Blutspenderkollektiv hochrechnen.

Welches sind die dringlichsten Schritte?

Die Spenderauswahl auch in der Bundesrepublik muß nachhaltig verbessert werden. Die "diagnostische Lücke" muß zuverlässig geschlossen werden. Warum sieht die Bestimmung des BGA zur Durchführung einer Plasmaquarantäne ab dem 1. Januar 1995 nur einen Zeitraum von vier Monaten vor (für nicht-inaktivierbare Blutzubereitungen), wenn allein die diagnostische Lücke für Hepatitis-C mit vier bis maximal 342 Wochen beziffert wird? Die Bundesregierung hält es immerhin für "bedenkenswert" Auslandsplasmen einer Quarantänelagerung zu unterziehen. Noch wird Aufklärung klein geschrieben, das muß sich ändern. Die Präventionsstrategie der Bundesregierung in Bezug auf die Bevölkerung ist äußerst bedenklich. In der Antwort (zu Frage 19) entsteht der Eindruck, als sie mit den umfassenden Präventionsbotschaften zu AIDS auch in Bezug auf die in ähnlicher Weise übertragbare Hepatitis-C genüge getan.

Diese Auffassung kann nicht geteilt werden, da

- das Muster der Hauptbetroffenengruppen von HIV und HCV deutlich unterschiedlich erscheint
- AIDS-Kranke nach wie vor gewissen Stigmata unterlegen sind, die der HCV-Aufklärung allenfalls hinderlich sein können
- den Blutzubereitungen bei HCV eine verhältnismäßig höhere Bedeutung zukommt als bei HIV.

Viele Fragen bleiben offen:

- Zum Beispiel: Welchen Schaden haben die Opfer erlitten? Da vielfach auch Bluter betroffen sind, gibt es hier viele, die gleichzeitig eine HIV- und eine HCV-Infektion haben. Wie wirkt sich dieser "Doppelschaden" aus?
- Von 23 Haftungs- und Rechtsfällen ist die Rede. Nicht gestellt wird die Frage, was faktisch mit den Tausenden von Menschen, die betroffen sind, geschieht.
- Warum wird das Risiko für das medizinische Personal "so gering" eingeschätzt, obwohl es doch tatsächlich zehnmal höher ist, als das von Blutspendern?

Gelernt hat die Bundesregierung nur in einem Punkt: In der Antwort auf Frage 7 gibt sie zu, daß bei ausschließlicher Anwendung von virusinaktivierten Gerinnungsfaktorenkonzentraten von Beginn der achtziger Jahre an 90 Prozent der Hepatitis-C-Fälle hätten vermieden werden können.

(-/22. Juli 1994/jr/ks)

Beratungswesen für die Forschungsförderung muß verbessert werden
Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion

Von Josef Vosen MdB
Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Antwort bestätigt die Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion, daß die Beratung des Bundesministers für Forschung und Technologie im Vorfeld der Forschungsförderung stark verbesserungsbedürftig ist.

Die Bundesregierung bestätigt, daß sie in wichtigen Sachgebieten, zum Beispiel Bio- und Gentechnologie, nicht-nukleare Energieforschung, Luftfahrtforschung, Verkehrsforschung, Informatik u.a. über keine formell eingesetzten Beratungsgremien verfügt und versucht dies mit 'einem angemessenen Vorgehen der Fachreferate' zu bewältigen.

Dies ist eine sehr schwache Begründung für die unterlassene Einsetzung von Beratungsgremien, die selbstverständlich in anderen Bereichen existieren.

Die Bundesregierung bestätigt, daß die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Neuen Ländern unterproportional ist und daß insbesondere die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen an den Beratungsgremien insgesamt sehr stark zu wünschen übrig läßt. Nur 24 von 396 Personen sind weiblich, also ganze sechs Prozent.

Mehr oder weniger indirekt wird auch eingeräumt, daß die vom Wissenschaftsrat kritisierten gravierenden Mängel in der Ressortabstimmung im Bereich Umweltforschung durch unzureichende Koordination der Beiräte und nicht existente Beratungstätigkeit verursacht werden.

Völlig unbefriedigend ist schließlich die Antwort der Bundesregierung auf die Frage, in welchen Fällen 1993 und 1994 Zuwendungen an Antragsteller gegangen sind, die eine enge institutionelle oder personelle Verbindung zu einzelnen Beratungspersonen in den einschlägigen Beratungsgremien haben. Hierbei drückt die Bundesregierung das Prinzip Hoffnung aus, daß nämlich solche Personen entsprechend den Beratungsgrundsätzen des BMFT verpflichtet seien, sich bei möglichen Interessenkonflikten einer Mitwirkung zu enthalten. Dies wußte die SPD-Bundestagsfraktion auch schon vorher. Der Grundsatz, daß keine Antwort auch eine Antwort ist, legt die Vermutung nahe, daß die Bundesregierung über die Grauzonen im Beratungswesen selbst nicht Bescheid weiß. Auch hier wäre mehr Klarheit wünschbar.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die in dieser Kleinen Anfrage zutage gebrachten Mängel im Beratungswesen so rasch wie möglich durch entsprechende Maßnahmen abzustellen.

(-/22. Juli 1994/jr/ks)
